„Stunk im Haus“

Die Eingliederung der Vertriebenen in den Kreis Herford 1945 – 1952

Im Juni 1949 berichtet ein Herforder Polizeimeister über „das menschwidrige Wohnen im Hause“ einer Erbengemeinschaft in Herford: „Alle ehemaligen und zeitige Mieter können tatsächlich traurige Berichte darüber erstatten, wie jämmerlich und jedem Menschen zuwider die Wohnverhältnisse im Hause sind.“

Eskaliert war die Situation, als zwei ältere Schwestern ins Haus zogen, die sich als rechtmäßige Erben verstanden und aus Sicht der anderen als „Intrigantinnen und Denunziantinnen“ bekannt geworden sind. Nicht nur in diesem Haus eskalierten Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre die Situation.

Aufgrund der herrschenden Wohnungsnot und der daraus folgenden Zwangszuweisung von Wohnraum lebten immer noch ganze Familien in einem Raum, mussten sich Küchen und sanitäre Anlagen mit zahlreichen Anderen teilen.

Diese ungewollte Nähe führte naturgemäß zu hässlichen Auseinandersetzungen, bis hin zu körperlicher Bedrängung und Verletzung. Auch zahlreiche Prozesse wurden unter Mietern in einem Haus geführt.

Besonders betroffen waren oft Vertriebene und Flüchtlinge aus den ab 1945 unter polnischer und sowjetischer Besatzung stehenden Gebieten.

Erste Aufnahmestation der Vertriebenen im Raum Herford war oft das Lager in den Fabrikhallen der Fa. Ahlers in Elverdissen

Da innerhalb NRW die Vertriebenenströme wegen der größeren Zerstörungen im Rhein-Ruhrgebiet insbesondere nach OWL gelenkt wurden und diese hier schwerpunktmäßig in den größeren Städten untergebracht wurden, wurde die politisch geforderte Gleichstellung der Vertriebenen als große Belastung für die aufnehmenden Kommunen empfunden.

Im Regierungsbezirk Detmold betrug der Vertriebenenanteil an der Gesamtbevölkerung Ende 1946 12,1 %, Ende 1950 bereits 16,7 %. Im Gegensatz zur rasanten wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung im Ruhrgebiet waren die Bedingungen in der von Bekleidungs-, Möbel- und Zigarrenproduktion geprägten Region OWL und Herford zunächst weitaus schlechter.

Viele Familien lebten lange in Barackenlagern wie hier am Ortsieker Weg in Herford

Die Flüchtlingsabteilungen in den Kommunen wurden für die Unterbringung und Beschäftigung der Vertriebenen verantwortlich gemacht. Die Versorgung mit Wohnraum war das dringendste Problem. Die 1946 eingerichteten Wohnungsämter prüften den vorhandenen Wohnraum auf Nutzbarmachung für Vertriebene und wiesen diese ein. In den Akten dazu sind zahlreiche Streitfälle überliefert.

Der Kreisflüchtlingsausschuss übte Kritik an den Wohnungsämtern, teilweise wurde Wohnungen wegen Einsprüchen der einheimischen Bewohner und Besitzer nicht belegt. Trotz der Weiterführung und Verschärfung der Wohnraumrationierung waren

im Kreis Herford noch Ende 1950 viele Vertriebene mit mehreren Personen in einem Raum untergebracht. Als Lösung bot sich nur nach ein massiver Siedlungsbau für Vertriebene an. So errichtete die Bau – und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Herford von 1948 bis 1951 etwa 1.000 Wohnungen, die zu 50% mit Vertriebenen belegt wurden.

Schon bald setzte ein umfassender Siedlungsbau in Herford ein, hier am Alten Postweg

… und hier an der Scharnhorststraße

Die wirtschaftliche Eingliederung verbesserte sich gegen Ende der 1940er Jahre. Im Landkreis Herford entstanden überdies zahlreiche neue „Flüchtlingsbetriebe“: 32 Industrie-, 108 Handwerks-, 19 Groß- und 55 Einzelhandelsbetriebe. Als Flüchtlingsbetrieb galten diejenigen Betriebe, die einen Flüchtlingskredit des Sozialministeriums erhalten hatten. Diese Kredite konnten Personen mit dem Flüchtlingsausweis A beantragen, soweit sei auch Unternehmer der gewerblichen Wirtschaft waren oder freien Berufen angehörten.

Seit 1950 war eine frühere Selbstständigkeit nicht mehr Voraussetzung. Diese Kredite erhielten auch Betriebe, deren Eigentümer nicht selbst vertrieben waren, sondern auch Betriebe, die mit dem Kredit zunächst 60% der Dauerarbeitsplätze für Vertriebene erhalten oder schaffen. Das Herforder Flüchtlingsamt wies 1951 elf Vorzeigebetriebe aus - ein Dokument für die Bedeutung der Vertriebenen beim Aufbau der Herforder Wirtschaft.

Ein Beispiel für einen erfolgreichen „Flüchtlingsbetrieb“ ist das Kiosk der Familie Rahnenführer am Herforder Stiftberg

Die Arbeitslosigkeit der Vertriebenen bildete bei einer Gesamtzahl von nur 1,9 % Arbeitslosen in Kreis und Stadt Herford kein eigenes Problem. Insgesamt ergab sich aber ein sozialer Abstieg der Vertriebenen. Nach der Volkszählung von 1950 waren im Kreis HF knapp 80 % der Vertriebenen Arbeiter, während der Arbeiteranteil insgesamt nur bei 65 % lag. Viele Vertriebene benötigten daher Sonderleistungen. Im Landkreis Herford wurden 1950 pro Kopf ca. 200 Mark an einmaliger Unterstützung für Vertriebene ausgezahlt, was im Regierungsbezirk Detmold der zweithöchste Betrag war.

Insgesamt kann man für den Landkreis Herford von günstigen Eingliederungsbedingungen ausgehen, die Maßnahmen der Politik und Verwaltung führten zu einer „Sesshaftmachung“ der Vertriebenen in der Aufnahmegesellschaft. Die Mehrzahl der Probleme wurde gelöst.

Gerade der Bau zahlreicher Kleinsiedlungen und Einfamilienhäuser wirkt sich positiv auf die Sesshaftmachung aus. Auf die wirtschaftliche Entwicklung um Raum Herford wirkte sich dies aber nur wenig aus. 1949 waren im Kreis Herford von 2568 Handwerksbetrieben nur 96 im Besitz von Heimatvertriebenen, von 9000 Beschäftigen in diesem Bereich waren nur 250 Vertriebene.

Die Mischstruktur der Wirtschaft im Raum Herford wurde allerdings durch einzelne Flüchtlingsbetriebe gestärkt, so kam z.B. in Bünde eine Glasswarenfabrik hinzu.

Im landwirtschaftlichen Bereich waren die Wirkungen noch geringer. So waren trotz 600 Interessenten für eine landwirtschaftliche Nebenerwerbsstelle 1956 nur 60 eingerichtet worden.